


---



# **Haushaltskonsolidierungskonzept zum Doppelhaushaltsplan**

Für die Jahre 2015 und 2016

---



## INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung
2. Ursachenbeschreibung
3. Prüfung freiwilliger Leistungen
4. Zielbeschreibung

## 1. Einleitung

Nach § 92 Abs. 4 HGO ist ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn

1. der Haushalt trotz Ausnutzung aller Einsparmöglichkeiten bei den Aufwendungen und Auszahlungen und Ausschöpfung aller Ertrags- und Einzahlungsmöglichkeiten nicht ausgeglichen werden kann oder
2. Fehlbeträge aus Vorjahren auszugleichen sind oder
3. nach der Ergebnis- und Finanzplanung (§ 101 HGO) im Planungszeitraum Fehlbeträge erwartet werden.

Es ist von der Gemeindevertretung zu beschließen und der Aufsichtsbehörde mit der Haushaltssatzung vorzulegen. Nach § 24 Abs. 4 GemHVO sind im Haushaltssicherungskonzept die Ursachen für den nicht ausgeglichenen Ergebnishaushalt zu beschreiben. Es muss verbindliche Festlegungen enthalten über das Konsolidierungsziel, die dafür notwendigen Maßnahmen und den angestrebten Zeitraum, in dem der Ausgleich des Ergebnishaushaltes erreicht werden soll.

Zuletzt wurde für das Haushaltsjahr 2014 ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt und beschlossen. Die darin genannten Maßnahmen bzw. die Entscheidungen aufgrund früherer Sicherungskonzepte haben zu einer deutlichen Verbesserung der Gemeindefinanzen beigetragen. Unabhängig davon tragen nachstehende genannte Maßnahmen zu einer Verbesserung der Gemeindefinanzen bei:

- a. Die Gebühr für die Teilnahme am Mittagessen wurde in den Kindergärten von 2,80 Euro auf 3,00 Euro erhöht.
- b. Die Spielapparatesteuersatzung wird zum 01.01.2015 geändert. Dadurch ergeben sich Mehrerträge von rd. 85.000,-- Euro gegenüber dem Haushaltsansatz von 2014
- c. Mit der EVO AG wurde ein neuer Stromlieferungsvertrag abgeschlossen. Dadurch ergeben sich Einsparungen bei den Gemeindegebäuden und der Straßenbeleuchtung.
- d. Die Zahl der Mitglieder des Gemeindevorstandes wurde verringert.
- e. Die Gebührenordnung für die Badeseen und den Campingplatz wird zum 01.01.2015 geändert. Die Mehrerträge verbleiben beim Eigenbetrieb. Durch die Änderung wird jedoch die finanzielle Situation des Eigenbetriebes verbessert. Zukünftige Verlustausgleiche werden geringer bzw. evtl. könnten sogar Überschüsse an den Gemeindehaushalt abgeführt werden

Durch diese Maßnahmen wurden die Fehlbeträge der früheren Haushaltsjahre gesenkt.

Der für das Haushaltsjahr 2015 und 2016 nicht ausgeglichene Betrag bei den Aufwendungen und Erträgen ermittelt sich wie folgt:

|  | <u>2015</u> | <u>2016</u>  |
|--|-------------|--------------|
| Summe der ordentlichen Erträge und der Zinserträge         | 17.942.940€ | 17.865.140 € |
| Summe der ordentlichen Aufwendungen u. d. Zinsaufwendungen | 17.979.222€ | 17.849.612 € |
| Nicht ausgeglichener Betrag                                | 36.282€     | 0            |
| Überschuss   | 0           | 15.528,--€   |
| Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit       | 17.245.240€ | 17.162.940€  |
| Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit                 | 16.128.272€ | 15.973.162€  |
| Positiver Betrag   | 1.116.968€  | 1.189.778€   |

### Fehlbeträge aus Vorjahren (ordentliches Ergebnis)

Im Jahr 2013 hat sich beim ordentlichen Ergebnis ein Fehlbetrag von 1.410.736,18 Euro ergeben. Die Haushaltsplanung für das Jahr 2014 weist einen ordentlichen Fehlbetrag von 365.261 Euro aus.

## 2. Ursachenbeschreibung

Ursachen für den nicht ausgeglichenen Ergebnishaushalt

### a) Kreis- und Schulumlage

Die Defizite der Jahre 2015 und 2016 in Höhe von 525.282 € und 474.472 Euro sind im Wesentlichen durch die hohen Aufwendungen für die Kreis- und Schulumlage bedingt. Die Höhe der Kreis- und Schulumlage hat folgende Entwicklung genommen:  
(ab 2008 einschließlich der Zuführung zur Rückstellung für Finanzausgleich bzw. Auflösung der Rückstellung)

|      |                               |
|------|-------------------------------|
| 2007 | 4.050.428 €                   |
| 2008 | 5.503.471 €                   |
| 2009 | 4.729.538 €                   |
| 2010 | 3.588.759 €                   |
| 2011 | 5.649.841 €                   |
| 2012 | 4.914.248 €                   |
| 2013 | 5.553.772 €                   |
| 2014 | 5.572.100 € (Haushaltsansatz) |
| 2015 | 5.747.100 € (Haushaltsansatz) |
| 2016 | 5.781.300 € (Haushaltsansatz) |

Auf diese Zahlungen kann die Gemeinde Mainhausen jedoch keinen Einfluss nehmen. Insbesondere hat die Gemeinde die mehrfachen Erhöhungen des Umlagesatzes bei der Kreis- und Schulumlage in den letzten Jahren nicht zu vertreten.

### b) Kompensationsumlage

Durch das Land Hessen wurde das Finanzausgleichsgesetz geändert und eine sogenannte Kompensationsumlage ab dem Jahr 2010 eingeführt. Dadurch entstehen der Gemeinde folgende jährliche Aufwendungen (Haushaltsstelle 6120 7371000):

|      |                             |
|------|-----------------------------|
| 2010 | 115.272 €                   |
| 2011 | 138.406 €                   |
| 2012 | 129.634 €                   |
| 2013 | 183.307 €                   |
| 2014 | 170.100 € (Haushaltsansatz) |
| 2015 | 144.700 € (Haushaltsansatz) |
| 2016 | 0,00 (Haushaltsansatz)      |

Infolge des Urteils des Staatsgerichtshofes zur Finanzierung der Kommunen entfällt der Haushaltsansatz ab dem Jahr 2016.

### c) Gewerbesteuerumlage

|      |                             |
|------|-----------------------------|
| 2007 | 700.572 €                   |
| 2008 | 938.210 €                   |
| 2009 | 602.550 €                   |
| 2010 | 368.789 €                   |
| 2011 | 847.387 €                   |
| 2012 | 839.993 €                   |
| 2013 | 556.547 €                   |
| 2014 | 800.000 € (Haushaltsansatz) |
| 2015 | 644.000 € (Haushaltsansatz) |
| 2016 | 666.000 € (Haushaltsansatz) |

### d) Fehlbeträge gemeindeeigene Einrichtungen

Ein weiterer Grund für den Verlust des Ergebnishaushaltes sind die Defizite bei den Bürgerhäusern, Vereinsheimen, Sporthallen und Sportplätzen. Aufgrund der für die beiden Haushaltsjahre veranschlagten Aufwendungen und Erträgen ergibt sich ein Defizit in Höhe von insgesamt 444.400 € für das Jahr 2015 und 430.601€ für 2016.

Diese Defizite sind mittelfristig auch nicht zu beseitigen. Aufgrund des Alters der Gebäude ist in Zukunft ein hoher Reparatur- und Investitionsaufwand zu erwarten. Auch nach den durchgeführten Änderungen der bei den Gebührenordnungen haben sich die Defizite nur unwesentlich gemindert. Einsparungen (z.B. beim Energieverbrauch und den Betriebskosten) werden angestrebt. Beim Bürgerhaus in Mainflingen wurde eine energetische Sanierung durchgeführt, beim Bürgerhaus Zellhausen ist sie vorgesehen.

e) Schwankende Steuereinnahmen

Zu den größten Erträgen gehören das Gewerbe- und das Einkommensteueraufkommen. Das Gewerbesteueraufkommen hat in den vergangenen Jahren folgende Entwicklung genommen:

|      |  |
|------|--|
| 2007 | 3.052.134 €  |
| 2008 | 4.386.590 €  |
| 2009 | 2.837.425 €  |
| 2010 | 1.684.764 €  |
| 2011 | 3.749.916 €  |
| 2012 | 3.898.192 €  |
| 2013 | 2.719.882 €  |
| 2014 | 4.000.000 € (Haushaltsansatz)                                  |
| 2015 | 3.520.000 € (Haushaltsansatz) nach der Erhöhung des Hebesatzes |
| 2016 | 3.630.000 € (Haushaltsansatz) nach der Erhöhung des Hebesatzes |

Die gebuchten Erträge betragen im Jahr 2014 am 12.11.2014 3.159.583 €.

Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport hat im Finanzplanungserlass für das Land Hessen folgende Prognosen hinsichtlich der Entwicklung des Aufkommens am Gemeindeanteil an der Lohnsteuer, der veranlagten Einkommensteuer und des Zinsabschlages veröffentlicht:

(Stand Steuerschätzung Oktober 2014)

|      |               |
|------|---------------|
| 2015 | + 6,0 Prozent |
| 2016 | + 5,5 Prozent |
| 2017 | + 5,0 Prozent |
| 2018 | + 5,0 Prozent |

Diese Prognosen sind jedoch erheblich von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Aufgrund der Tatsache, dass ein Anteil von 58,0 Prozent des Steueraufkommens und der Schlüsselzuweisungen an den Kreis in Form der Kreis- und Schulumlage abzuführen ist, wird das Ziel, in naher Zukunft einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt vorzulegen, erheblich erschwert. Das Einkommensteueraufkommen und die Schlüsselzuweisungen haben sich wie folgt entwickelt:

|                        | Einkommensteueranteil | Schlüsselzuweisungen |
|------------------------|-----------------------|----------------------|
| 2007                   | 3.837.993 €           | 1.476.359 €          |
| 2008                   | 4.268.062 €           | 927.246 €            |
| 2009                   | 4.191.167 €           | 716.437 €            |
| 2010                   | 3.914.671 €           | 63.973 €             |
| 2011                   | 4.098.138 €           | 860.035 €            |
| 2012                   | 4.420.634 €           | 1.141.659 €          |
| 2013                   | 4.770.907 €           | 719.349 €            |
| 2014 (Haushaltsansatz) | 5.105.000 €           | 835.400 €            |
| 2015 (Haushaltsansatz) | 5.204.000 €           | 1.014.700 €          |
| 2016 (Haushaltsansatz) | 5.393.000 €           | 462.200 €            |

f) Friedhöfe/Bestattungswesen

Das Defizit im Ergebnishaushalt ist auch durch die Unterdeckung im Gebührenhaushalt Friedhof- und Bestattungswesen bedingt. Hier sind folgende Defizite entstanden:

|      |           |
|------|-----------|
| 2009 | 277.530 € |
| 2010 | 177.167 € |
| 2011 | 194.923 € |
| 2012 | 243.157 € |

|      |                            |
|------|----------------------------|
| 2013 | 221.433€                   |
| 2014 | 202.677€ (Haushaltsansatz) |
| 2015 | 217.354€ (Haushaltsansatz) |
| 2016 | 186.492€ (Haushaltsansatz) |

In diesem Bereich werden seit November 2013 höhere Gebühren erhoben, die zu einer Verbesserung des Ergebnisses geführt haben.

g) Kindertagesstätten

Im Bereich der Kinderbetreuung entsteht erneut erhebliche Defizite. Ein ausgeglichenes Ergebnis in diesem Bereich ist jedoch aufgrund der familienpolitischen Zielsetzungen nicht erreichbar. Die Defizite sind ab dem Jahr 2010 aufgrund des geänderten Personalschlüssels in den Kindergartengruppen stetig gestiegen. Sofern sich der Bund oder das Land in Zukunft nicht mit nennenswerten Beträgen beteiligt, werden die Defizite auch mittel- bzw. langfristig nicht zu vermeiden sein. Die Entwicklung der Defizite bei den Kindertagesstätten stellt sich wie folgt dar:

|                     | 2011             | 2012             | 2013             | 2014             | 2015             | 2016             |
|---------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| Panama              | 268.411          | 272.396          | 265.190          | 304.291          | 299.992          | 319.976          |
| Klecksehaus         | 282.609          | 303.211          | 267.628          | 322.703          | 306.472          | 312.573          |
| Farbenland          | 259.578          | 244.423          | 325.875          | 320.817          | 343.756          | 353.773          |
| sonst. Kindergärten | 631.558          | 794.814          | 754.359          | 880.007          | 897.991          | 911.137          |
| <b>Summe</b>        | <b>1.527.568</b> | <b>1.614.844</b> | <b>1.613.052</b> | <b>1.827.818</b> | <b>1.848.211</b> | <b>1.897.459</b> |

(Jahre 2011 bis 2013 IST Zahlen, Jahre 2014 bis 2016 jeweils Haushaltsansätze)

Im Bereich der Kindertagesstätten wurden zum 01.08.2013, 01.08.2014 und 01.08.2015 Gebührenerhöhungen vorgenommen. Unabhängig davon steigen die Defizite jährlich an.

- h) Durch den Kreis werden der Gemeinde Asylbewerber und Flüchtlinge zugewiesen. Die damit in Zusammenhang stehenden Erträge sind nicht kostendeckend. Durch diese neu den Kommunen übertragenen Aufgabe entstehen folgende Fehlbeträge:

|                          |         |
|--------------------------|---------|
| 2014 (Nachtragshaushalt) | 9.900€  |
| 2015 (Haushaltsansatz)   | 40.900€ |
| 2016 (Haushaltsansatz)   | 41.800€ |

### 3. Prüfung freiwilliger Leistungen

Im Doppelhaushaltsplan der Jahre 2015 und 2016 sind folgende freiwillige Leistungen enthalten:

|                  |                                   |                                      | 2015    | 2016   |
|------------------|-----------------------------------|--------------------------------------|---------|--------|
| Konto            | Produkt                           | Bezeichnung                          | Beträge |        |
| 1. 1110.6550000  | Gemeindegremien                   | Ehrungen                             | 400     | 1.000  |
| 2. 1110.6139000  | Gemeindegremien                   | Veranstaltungen                      | 800     | 800    |
| 3. 1110.6869000  | Gemeindegremien                   | Repräsentation                       | 4.000   | 4.000  |
| 4. 1110.6860000  | Gemeindegremien                   | Verfügungsmittel Bürgermeisterin     | 1.900   | 1.920  |
| 5. 1110.6860100  | Gemeindegremien                   | Verfügungsmittel Vorsitzender        | 1.680   | 1.680  |
| 6. 1110.6871000  | Gemeindegremien                   | Erfrischungen                        | 500     | 500    |
| 7. 1118.6560000  | Einrichtungen der ges. Verwaltung | Belegschaftsveranstaltungen          | 2.500   | 2.500  |
| 8. 1260.6140000  | Brandschutz                       | Ehrungen                             | 500     | 500    |
| 9. 1260.7128000  | Brandschutz                       | Förd. ehrenamtl. Engagements         | 4.500   | 4.500  |
| 10. 2620.7128000 | Musikpflege                       | Zuschuss für Musik- u. Gesangvereine | 16.000  | 16.000 |
| 11. 2720.7128000 | Büchereien                        | Zuschuss Borromäus-Bücherei          | 1.000   | 1.000  |
| 12. 3110.6089100 | soziale Hilfe                     | Aufwendungen                         |         |        |
|                  | Grundversorgung                   | Seniorenveranstaltungen              | 2.500   | 2.500  |
| 13. 3110.7128100 | soziale Hilfe                     | Ausgleich Eigenbetrieb,              | 15.000  | 15.000 |

|                  |  |  |        |        |
|------------------|--|--|--------|--------|
| 14. 3110.7128300 | Grundversorgung soziale Hilfe                  | vergünstigte Badekarten<br>Seniorenbetreuung der<br>Pfarrgemeinden | 480    | 480    |
| 15. 3110.7128000 | Grundversorgung soziale Hilfe                  | Zuschüsse sonstige Vereine   | 25.000 | 25.000 |
| 16. 3150.7128000 | Grundversorgung Freiwillige soziale Leistungen | Zuschüsse DRK-Station  | 600    | 600    |
| 17. 3620.6399000 | Jugendarbeit                                   | Hausaufgabenhilfe  | 1.800  | 1.800  |
| 18. 3620.7128000 | Jugendarbeit                                   | Kommunale Jugendaktivitäten  | 30.000 | 30.000 |
| 19. 3620.7128400 | Jugendarbeit                                   | Zuschuss betreuende<br>Grundschule                                 | 48.800 | 48.800 |
| 20. 5710.6010000 | Wirtschaft u.<br>Tourismus                     | Geschäftsausgaben<br>Interessenbekundung                           | 25.000 | 5.000  |
| 21. 3620.7128500 | Jugendarbeit                                   | Zuschuss Tagesmütter   | 2.500  | 2.500  |
| Summe 2015:      | 185.400,-- Euro                                |  |        |        |
| Summe 2016:      | 166.080,-- Euro                                |  |        |        |

**Investiver Bereich****2015****2016**

|   |         |         |
|---|---------|---------|
| Defizit Produkt 5732 Bürgerhaus Mainflingen | 500     | 500     |
| Defizit Produkt 5733 Bürgerhaus Zellhausen  | 200.500 | 800.500 |

Die Kommunalaufsicht fordert, dass im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsicherungskonzeptes auch die „freiwilligen Leistungen“ geprüft werden. Die Prüfung hat sich auf folgende Sachverhalte zu beziehen:

- Besteht ein zwingendes öffentliches Bedürfnis für die Wahrnehmung der Aufgabe?
- Ist die Höhe des Zuschusses dem angestrebten Zweck angemessen?
- Wie ist die eigene Leistungsfähigkeit der letztlichen Nutzer zu bewerten?
- Stellen die Verfahren der Vergabe des Zuschusses und der Verwendungskontrolle die Erfüllung des zwingenden öffentlichen Bedürfnisses sicher?

Aufgrund der Vielzahl der oben stehenden Positionen werden in die Prüfung der freiwilligen Leistungen nur die Leistungen einbezogen, die mehr als 2.000,-- Euro betragen, da die anderen Aufwendungen für die Haushaltswirtschaft der Gemeinde von untergeordneter Bedeutung sind.

Die Fragen a) bis d) werden bezüglich der Positionen 1. bis 21. Wie folgt beantwortet, soweit der Aufwand mehr als 2.000,-- Euro beträgt.

Zu 3.

- Ein zwingendes öffentliches Bedürfnis an der Veranschlagung von Aufwendungen für Repräsentationen besteht nicht.
- Im Hinblick auf die Höhe von 4.000,-- Euro und die Vielzahl der wahrzunehmenden Aufgaben erscheinen die Zuwendungen jedoch angemessen.
- Entfällt.
- Ja

Zu 7.

- Ein zwingendes öffentliches Bedürfnis für die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Belegschaftsveranstaltungen des Gemeindepersonals besteht nicht.
- Im Hinblick auf den angestrebten Zweck der Anerkennung der Arbeit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den unterschiedlichsten Dienststellen und die relativ große Zahl der Beschäftigten erscheint die Höhe des Zuschusses von 2.500,-- Euro als angemessen.
- Unterschiedlich

d) Ja

Zu 9.

a) Ein zwingendes öffentliches Bedürfnis für die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Kameradschaftskasse der beiden Ortsfeuerwehren besteht nicht.

b) Im Hinblick auf den angestrebten Zweck der Anerkennung der ehrenamtlich tätigen Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren und die große Zahl der aktiven Einsatzkräfte ist die Höhe des Zuschusses von 4.500,-- Euro angemessen.

c) Unterschiedlich

d) Ja

Zu 10.

a) Ein zwingendes öffentliches Bedürfnis für die Förderung von Musik- und Gesangsvereinen bzw. der Musikschule besteht nicht. Jedoch hat die Gemeinde nach § 19 Abs. 1 HGO in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit für ihre Bürger die erforderlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen öffentlichen Einrichtungen bereitzustellen. Die Förderung von Musik- und Gesangsvereinen gehört zu den Aufgaben der kommunalen Daseinsfürsorge.

b) Aufgrund der großen Zahl der aktiven Mitglieder der Vereine erscheinen die Zuwendungen als angemessen.

c) Unterschiedlich

d) Die Zahlungen erfolgen aufgrund einer Einzelfallregelung (Musikschule) und den Richtlinien zur Vereinsförderung.

Zu 12.

a) Ein zwingendes öffentliches Bedürfnis für die Durchführung von Seniorenveranstaltungen besteht nicht. Nach § 1 HGO fördert die Gemeinde das Wohl ihrer Bürger. Hierzu gehört auch, dass Personen, die altersbedingt nicht mehr uneingeschränkt mobil sind, am öffentlichen Leben teilhaben können.

b) Aufgrund der Vielzahl älterer Bürgerinnen und Bürger erscheint der Haushaltsansatz als angemessen.

c) Unterschiedlich

d) Ja

Zu 13.

a) Ein zwingendes öffentliches Bedürfnis für die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Erstattung von Beträgen an den Eigenbetrieb wegen des Verkaufs von vergünstigten Badekarten besteht nicht. Allerdings ist der Eigenbetrieb vollständig im Eigentum der Gemeinde. Wenn die Bezuschussung nicht erfolgt, ist fraglich, ob der Eigenbetrieb aufrecht erhalten werden kann bzw. in welcher Höhe sich Verlustübernahmen ergeben würden. Nach § 108 Abs. 2 HGO sind die Vermögensgegenstände der Gemeinde wirtschaftlich zu verwalten. Der Eigenbetrieb ist ein Vermögensgegenstand der Gemeinde.

b) Im Hinblick auf die Erhaltung des Eigenbetriebes erscheint die Höhe des Zuschusses als angemessen.

c) Entfällt

d) Ja

Zu 15.

a) Ein zwingendes öffentliches Interesse an der Förderung von sonstigen Vereinen besteht nicht. Jedoch hat die Gemeinde nach § 19 Abs. 1 HGO in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit für



ihre Bürger die erforderlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen öffentlichen Einrichtungen bereitzustellen. Die Förderung von Vereinen, in denen sich jeder Bürger unterschiedlich betätigen kann, gehört zur Daseinsfürsorge.

- b) Die Höhe des Zuschusses ist aufgrund der Vielzahl der Aktivitäten als angemessen anzusehen.
- c) Unterschiedlich
- d) Kommunale Einrichtung

Zu 18.

- a) Seitens der Gemeinde besteht ein zwingendes öffentliches Bedürfnis für die Wahrnehmung dieser Aufgabe, obwohl diese Aufgaben zu den originären Aufgaben des örtlichen Trägers der Jugendhilfe nach dem Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch gehört und dem Landkreis Offenbach obliegt.
- b) Die Höhe des Zuschusses ist aufgrund der Vielzahl der teilnehmenden Kinder und Jugendlichen als anzusehen.
- c) Unterschiedlich
- d) Kommunale Einrichtung

Zu 19.

- a) Nach § 24 Abs. 2 Sozialgesetzbuch VIII ist für Kinder im schulpflichtigen Alter ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen in Tageseinrichtungen vorzuhalten.
- b) Die Höhe des Zuschusses ist aufgrund der Zahl der betreuten Kinder als angemessen anzusehen.
- c) Unterschiedlich
- d) Ja

Zu 20.

- a) Seitens der Gemeinde besteht ein zwingendes öffentliches Bedürfnis für diese Aufgaben. Die Gemeinde ist auf die Steuereinnahmen und die Arbeitsplätze angewiesen. Der Ausbau des Breitbandnetzes ist für die Bürger und die Betriebe notwendig.
- b) Um die Ansiedlung und den Bestand an Betrieben zu sichern, ist der Zuschuss angemessen.
- c) Unterschiedlich
- d) Ja

Zu 21.

- a) Die Gemeinde Mainhausen ist gesetzlich verpflichtet, ein Betreuungsangebot für die Kinder unter 3 Jahren vorzuhalten. Daher besteht ein zwingendes öffentliches Interesse an der Betreuung durch Tagesmütter. Wenn die Tagesmütter die Aufgabe nicht übernehmen, muss die Gemeinde entsprechende Einrichtungen vorhalten.
- b) Da für jedes betreute Kind ein Zuschuss von lediglich 100,-- Euro gezahlt wird, ist die Höhe keinesfalls unangemessen.
- c) Unterschiedlich
- d) Ja

#### 4. Zielbeschreibung

Zielsetzung der gemeindlichen Haushaltsplanung ist, bis zum Jahr 2021 einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt zu erreichen.

Nach den bisherigen Beschlüssen und den Prognosen stehen folgende Veränderungen an:

1. Vor der nächsten Kommunalwahl wird die Hauptsatzung geändert und die Zahl der ehrenamtlichen Beigeordneten auf fünf festgelegt. Durch diese Maßnahme entstehen bei dem Produkt Gemeindegremien ab dem Jahr 2016 weniger Aufwendungen von ca. 4.000,-- Euro.
2. Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport hat im Finanzplanungserlass bei der Gewerbesteuer folgende jährliche Steigerungen prognostiziert:  
(Stand Steuerschätzung Oktober 2014)  
Jahr 2015 4,0 Prozent gegenüber 2014  
Jahr 2016 3,0 Prozent gegenüber 2015  
Jahr 2017 3,0 Prozent gegenüber 2016  
Jahr 2018 3,0 Prozent gegenüber 2017  
Jahr 2019 3,0 Prozent gegenüber 2018 (geschätzt)
3. Von den Steigerungen beim Gewerbesteueraufkommen nach Ziffer 2 ist ein Anteil von ca. 60 Prozent an Gewerbesteuerumlage und Kreis- und Schulumlage an Dritte abzuführen.
4. Nach den veröffentlichten Daten des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport im Finanzplanungserlass werden Steigerungen bei der Einkommensteuer in folgender Höhe prognostiziert:  
(Stand Steuerschätzung Oktober 2014)  
Jahr 2015 6,0 Prozent gegenüber 2016  
Jahr 2016 5,5 Prozent gegenüber 2015.  
Jahr 2017 5,0 Prozent gegenüber 2016  
Jahr 2018 5,0 Prozent gegenüber 2017  
Jahr 2019 5,0 Prozent gegenüber 2018 (geschätzt)
5. Von den Steigerungen beim Einkommensteueraufkommen nach Ziffer 4 ist ein Anteil von 58 an Kreis- und Schulumlage abzuführen.
6. Im Ortsteil Mainflingen werden auf einem ehemaligen Industriegelände in den Jahren 2016 bis 2020 ca. 270 neue Wohneinheiten entstehen. Für jede Wohneinheit sind durchschnittlich 400,-- Euro an Grundsteuern zu bezahlen. Dadurch steigt das Grundsteueraufkommen wie folgt:  
  
2017 27.000,-- Euro  
2018 54.000,-- Euro  
2019 81.000,-- Euro  
2020 108.000,-- Euro
7. Von den Mehrerträgen an Grundsteuer B laut Nr. 6 ist nach den Regelungen des Finanzausgleichgesetzes bei einem Hebesatz von 359 von Hundert ein Anteil von rd. 36 Prozent an Kreis- und Schulumlage abzuführen.
8. Aufgrund der unter Ziffer 6 aufgeführten Baumaßnahmen wird die Einwohnerzahl deutlich ansteigen. Im Durchschnitt werden in jede Wohneinheit 3 Personen einziehen. Damit steigt die Einwohnerzahl in den Jahren 2017 bis 2020 wie folgt:  
  
2017 gegenüber 2016 + 200 Personen  
2018 gegenüber 2016 + 400 Personen  
2019 gegenüber 2016 + 600 Personen  
2020 gegenüber 2016 + 800 Personen

Der Einkommensteueranteil der Gemeinden wird alle 3 Jahre neu festgelegt. Die nächste

Feststellung erfolgt zum 01.01.2015 und dann wieder zum 01.01.2018

Damit steigt auch das Aufkommen am Einkommensteueranteil deutlich. Ausgehend von einem Aufkommen im Jahr 2017 von 5.662.000,-- Euro bei rd. 9.000 Einwohnern bedeutet dies, dass bis zum 31.12.2018 rd. 9400 Einwohner vorhanden sind. Damit ergeben sich folgende Steigerungen bei den Einkommensteueranteilen:

2018, 2019 und 2020 jeweils 4,4 Prozent oder rund 249.000,-- Euro.

Zum übernächsten Stichtag, dem 01.01.2021 ist das Neubaugebiet vermutlich vollständig bezogen. Damit steigt die Einwohnerzahl um 800 Personen oder 8,9 Prozent gegenüber dem Jahr 2014. Dadurch ergeben sich Mehrerträge gegenüber dem Jahr 2017 von rd. 504.000,-- Euro jährlich.

9. Von den Mehrerträgen nach Ziffer 8 ist ein Anteil von 58 Prozent nach den Regelungen des Finanzausgleichgesetzes an Kreis- und Schulumlage abzuführen

Die auf Seite 3, Buchstabe a) bis d), aufgeführten Maßnahmen haben sich auf die Haushaltsplanung für die Jahre 2015 und 2016 wie folgt ausgewirkt:

| Produktnummer                | Bezeichnung                                 | 2015        | 2016        |
|------------------------------|---|-------------|-------------|
|                              |   | Euro        | Euro        |
| a)3651, 3652,3653<br>5130000 | Gebühren Mittagstisch                       | 3x 2.000,-- | 3x 2.000,-- |
| b)6110.5559120               | Spielapparatesteuer                         | 85.000,--   | 85.000,--   |
| c) 4243,5410,5733<br>6051000 | Stromkosten                                 | 16.100,--   | 17.200,--   |
| d)1110.6781100               | Aufwandsentschädigung ,<br>Gemeindevorstand | 0,--        | 4.000,--    |

Soweit möglich wurden diese Änderungen im vorgelegten Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2015 und 2016 bereits eingearbeitet und beziffert.

#### 4a. Zielbeschreibung nach den Anforderungen des Finanzplanerlasses

Mit dem sogenannten Finanzplanerlass vom 29.10.2014 des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport wurde die oberste Priorität bei der Haushaltsplanung auf den Haushaltsausgleich ab dem Jahr 2017 festgelegt. In den aufsichtsrechtlichen Vorgaben für die Haushaltsgenehmigungsverfahren wurde für kreisangehörige „Nicht-Schutzschirm-Kommunen“ der Konsolidierungszeitraum klar definiert und ein Abbaupfad zur Reduzierung der Defizite beschrieben.

Im Bereich der Mindest-Hebesätze für die Grundsteuer B ist ein solcher, bei defizitären Kommunen, in Höhe von mindestens 10 % über dem Landesdurchschnitt liegend gefordert. Für die Gemeinde Mainhausen bedeutet dies einen Hebesatz von 359.

Diese Forderung seitens des Ministeriums wird durch den Beschluss der Gemeindevertretung erfüllt und ist somit Teil dieses Haushaltskonsolidierungskonzeptes.

Durch dieses Mehreinnahmen entwickeln sich die Zahlen für 2015 und 2016 wie folgt:

|                                   |                   |                                    |
|-----------------------------------|-------------------|------------------------------------|
| Grundsteuer B Ansatz 2015 bisher: | 1.215.000,-- Euro |                                    |
| Neu:                              | 1.504.000,-- Euro | Mehrerträge somit 289.000,-- Euro  |
| Grundsteuer B Ansatz bisher 2016: | 1.220.000,-- Euro |                                    |
| Neu:                              | 1.510.000,-- Euro | Mehrerträge somit 290.000,-- Euro. |

Um dem Erfordernis nach einem ausgeglichenen Haushalt ab dem Jahr 2017 zu entsprechen, wurde der Hebesatz der Gewerbesteuer ab dem Jahr 2015 von 330 von Hundert auf 350 von Hundert erhöht.

Durch diese Entscheidung entwickeln sich die Erträge bei der Gewerbesteuer für 2015 und 2016 wie folgt:

Gewerbesteuer Ansatz 2015 bisher: 3.320.000,-- Euro  
Neu: 3.520.000,-- Euro Mehrerträge somit 200.000,-- Euro

Gewerbesteuer Ansatz 2016 bisher: 3.430.000,-- Euro  
Neu: 3.630.000,-- Euro Mehrerträge somit 200.000,-- Euro

**Der ordentliche Fehlbetrag des Jahres 2015 beträgt somit 36.282,-- Euro. Für das Haushaltsjahr 2016 ist ein ordentlicher Überschuss von 15.528,-- Euro veranschlagt.**

Ausgehend vom Jahr 2016 werden sich die Überschüsse in den Folgejahren wie folgt entwickeln:

**Zusammenstellung für die folgenden Haushaltsjahre  
(Angaben in tausend Euro):**

| Jahr                   | 2017       | 2018       | 2019       |
|------------------------|------------|------------|------------|
| <b>Maßnahme</b>        |            |            |            |
| 1.                     | 4          | 4          | 4          |
| 2.                     | 109        | 221        | 337        |
| 3.                     | -65        | -133       | -202       |
| 4.                     | 270        | 553        | 850        |
| 5.                     | -157       | --321      | -493       |
| 6.                     | 27         | 54         | 81         |
| 7.                     | -10        | -19        | -29        |
| 8.                     | 0          | 249        | 249        |
| 9.                     | 0          | -144       | -144       |
| <b>Saldo</b>           | <b>178</b> | <b>464</b> | <b>653</b> |
| <b>Überschuss 2016</b> | <b>16</b>  | <b>16</b>  | <b>16</b>  |
| <b>Fehlbetrag</b>      | <b>0</b>   | <b>0</b>   | <b>0</b>   |
| <b>Überschuss</b>      | <b>194</b> | <b>480</b> | <b>669</b> |

Dieses Haushaltssicherungskonzept wurde durch die Gemeindevertretung der Gemeinde Mainhausen am 17.12. 2014 beschlossen.

Mainhausen, den 18.12. 2014

Disser, Bürgermeisterin

Z 2013-1030

